



Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V., Postfach 360227, 10972 Berlin

18. Februar 2010

Presseerklärung der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Kundgebung: „Das Gelände des ehemaligen Jugend-KZ Uckermark muss ein würdiger Gedenkort werden! Schluss mit dem Verdrängen! Für den Rückbau der Militärruinen – jetzt!“

Landtag Brandenburg, Potsdam. 24. Februar 2010, 8:00 bis 10:00 Uhr

Das *Konzentrationslager für Mädchen und junge Frauen und spätere Vernichtungslager Uckermark* war lange – trotz seiner unmittelbaren Nähe zur *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück* – eines von vielen der so genannten "vergessenen Lager" des Nationalsozialismus. Nach 1945 wurde das ehemalige Lagergelände militärisch genutzt, geblieben sind die Ruinen der ehemaligen Panzerhallen, die das heutige Erscheinungsbild maßgeblich prägen. Auch seit der Übernahme des Geländes durch den Bund (1992) waren von offizieller Seite kaum Bemühungen zur Einrichtung eines Gedenkortes erkennbar. Erst als EU-Gelder für so genannte Konversionsmaßnahmen (d.h. für den Rückbau der maroden Panzerhallen) in Aussicht gestellt wurden, schien 2008 etwas in Bewegung zu kommen. Doch der anfängliche Schwung war schnell wieder verebbt – obwohl die Zeit drängt, da die Frist für die Geldvergabe bis Jahresende 2010 ausläuft. Damit die Konversion als Voraussetzung zur Schaffung eines würdigen Gedenkortes auf dem ehemaligen Lagergelände doch noch realisiert wird, macht die *Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V* zusammen mit Überlebenden- und anderen NS-Opferverbänden sowie politischen Initiativen und Einzelpersonen aus dem In- und Ausland Druck. Heute sollen Unterstützungsbriefe für das Anliegen an den Landtag Brandenburg übergeben werden.

Das Hauptproblem scheint zu sein, dass die *BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben)*, die das Gelände für den Bund verwaltet, der Konversion nur unter der Voraussetzung eines anschließenden Besitzer_innenwechsels zustimmt. Obwohl immer wieder verschiedene Landeseinrichtungen für eine Trägerschaft im Gespräch waren, gibt es bis heute anstatt konkreter Ergebnisse nur Vertröstungen, geplatzte Termine oder vage Aussagen – und vor allem ein Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten. Stellvertretend für eine in der Debatte weit verbreitete Haltung steht die neue Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Frau Dr. Martina Münch: In Ihrem Antwortschreiben vom 23. Dezember 2009¹ auf eine Anfrage der

¹ Das Schreiben liegt der *Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V* vor.



Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V., Postfach 360227, 10972 Berlin

Uckermark-Initiative betont sie zwar, sich für eine Lösung einsetzen zu wollen, verweist aber darauf, dass die Verantwortlichkeiten dafür an anderer Stelle lägen. Daher hatte die Anfrage um Unterstützung bezüglich der geforderten Konversion bisher keinerlei praktische Konsequenzen. Auch der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Ralf Christoffers, bleibt in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage im Landtag Brandenburg vom 15. Dezember 2009 bezüglich der Rolle des Landes nur vage und spielt den Ball an den Bund weiter: „Überlegungen zur perspektivischen Nutzung der Liegenschaft können nur vom Bund angestellt werden, da er als Eigentümer die vorrangige Verantwortung für das Areal trägt. Die Landesregierung wird sich jedoch bemühen, den Bund bei einer Lösung zum langfristigen Umgang mit dem Gelände zu unterstützen.“² Kathrin Schmitz von der *Uckermark-Initiative* dagegen hat die deutsche Bürokratie langsam satt: „Sich bei diesem Thema hinter Formalitäten zu verschanzen und nur ab und zu ein paar schöne Worte zu verlieren, das ist doch peinlich. Die ständig aufgeworfene Frage nach der Zuständigkeit ist letztendlich doch keine formale, sondern eine des politischen Willens!“ Währenddessen sind die Informationstafeln und sonstigen Kennzeichnungen der *Uckermark-Initiative*, die vor Ort auf das ehemalige Lager hinweisen, immer wieder Ziel von Randalierer_innen. Die Reaktion einer Überlebenden ist bitter: „Es ist für mich wie ein Schlag ins Gesicht (...). Ich kann nur sagen, wir in der Uckermark wurden immer vergessen. Wie lange hat man gebraucht bis man es anerkannt hat, dass dort genau wie in Ravensbrück gefoltert und getötet wurde. Ich kam 1942 mit 15 Jahren zuerst nach Ravensbrück dann nach Uckermark. Dort hat man mich an Leib und Seele vernichtet. Ich lebe noch heute mit 82 unter Angst und Panikattacken. (...) Ich bin ganz traurig und verletzt, dass man den Toten und den Überlebenden keine Achtung gewährt.“³ Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Umsetzung der Konversion.

Weitere Aktionen sind geplant. Ob Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede auf der Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag der Befreiung am 18. April 2010 in der *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück* etwas zum Thema zu sagen hat, bleibt abzuwarten.

Weitere Informationen finden Sie unter www.maedchen-kz-uckermark.de oder schreiben Sie uns eine E-Mail: info@maedchen-kz-uckermark.de.

Sie erreichen uns auch unter der Telefonnummer 01578-7276513

V.i.S.d.P.: S. Hammer, Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

² Zit. n.: *Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 69 des Abgeordneten Torsten Krause, Fraktion DIE LINKE*. Landtagsdrucksache 5/ 176.

URL: http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_0300/314.pdf (16.02.2010)

³ Das Schreiben liegt der *Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.* vor.

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.
Postfach 360227
10972 Berlin
Mail: info@maedchen-kz-uckermark.de
Web: www.maedchen-kz-uckermark.de

2

Bankverbindung :

Initiative Gedenkort KZ Uckermark
Kto.Nr. : 468579106
BLZ: 10010010 Postbank Berlin